

15 Jahre Ostdeutsches Energieforum: Eine zentrale Stimme in der Energiedebatte

Vom 30. September bis 1. Oktober 2026 findet in Leipzig zum 15. Mal das Ostdeutsche Energieforum statt. Unter dem Leitgedanken „Sicherheit in unsicheren Zeiten“ rückt die Energiekonferenz 2026 die Frage in den Mittelpunkt, wie Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Klimaschutz und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbunden werden können. Hinter der Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlins als Veranstalter liegen dann 14 spannende wie erfolgreiche Jahre.

Als sich im Mai 2012 mehr als 400 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im Congress Center Leipzig zur Premiere des Forums trafen, stand Deutschland am Beginn eines energiepolitischen Experiments. Wenige Monate zuvor hatte die Bundesregierung den Atomausstieg beschlossen. Die Energiewende war politischer Konsens, doch viele Fragen waren offen: Wie lässt sich Versorgungssicherheit gewährleisten? Wer bezahlt den Netzausbau? Wie bleiben Energiepreise für Unternehmen und Verbraucher bezahlbar? Und welche Rolle spielt Ostdeutschland bei diesem tiefgreifenden Umbau des Energiesystems?

Aus dieser Situation heraus entstand das Ostdeutsche Energieforum. Was zunächst als Austauschformat über die Folgen der Energiewende begann, entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem festen Termin für Politik, Energiewirtschaft, Industrie und Wissenschaft.

Energiewende als Chefsache

Schon beim ersten Forum wurde deutlich, worum es den Veranstaltern ging. Hartmut Bunsen, Sprecher der Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin, forderte damals: „Die Energiewende muss zur Chefsache der Bundesregierung erklärt und endlich professionell gemanagt werden.“ Rückblickend beschreibt dieser Satz die Ausgangslage ziemlich genau. Die politischen Ziele waren gesetzt, ein belastbarer Fahrplan fehlte an vielen Stellen noch.

Seit seiner Gründung haben rund 6.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, etwa 600 Referentinnen und Referenten sowie rund 200 Sponsoren und Partner das Forum begleitet. Von Beginn an ging es dabei nicht nur um technische Fragen. Im Mittelpunkt stand auch, was die Energiewende für die Wirtschaftskraft Ostdeutschlands bedeutet. Denn hier wurden viele Folgen des Umbaus besonders früh sichtbar: große Windkraftkapazitäten, steigende Anforderungen an die Netze, hohe Netzentgelte, Strukturwandel in den Kohleregionen und die Sorge um industrielle Wettbewerbsfähigkeit. Die ostdeutsche Perspektive wurde damit zum Markenkern des Forums.

Bereits beim zweiten Ostdeutschen Energieforum 2013 forderten die Veranstalter einen verbindlichen Fahrplan für die Energiewende, eine Senkung der Stromsteuer und eine bundesweite Angleichung der Netzentgelte. Diese Forderungen tauchten in den Folgejahren immer wieder auf. Das Forum verstand sich dabei nicht als reine Beobachterrunde, sondern als Ort, an dem Positionen formuliert und in die politische Debatte eingebracht wurden.

2015 brachte Hartmut Bunsen die Kritik erneut auf den Punkt: „Der Standort Ostdeutschland darf nicht weiter benachteiligt werden. Schon heute zahlen die ostdeutschen Unternehmen rund ein Viertel mehr für Strom als die westdeutschen Firmen.“

Von der Forderungsplattform zur Denkfabrik

Ein wichtiger Schritt war das dritte Ostdeutsche Energieforum im Jahr 2014. Erstmals legten die Veranstalter ein Abschlusskommuniqué vor. Darin formulierten sie konkrete Handlungsempfehlungen für die Energiepolitik. Im Zentrum standen Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit, Marktintegration erneuerbarer Energien und die Forderung nach bundesweit einheitlichen Netzentgelten. Damit verschob sich die Rolle des Forums. Es blieb Ort der Diskussion, wurde aber zugleich stärker zu einer Denkfabrik, die regelmäßig Impulse in die energiepolitische Debatte einspeiste.

Mit den Jahren wuchs auch die politische Sichtbarkeit. Ministerpräsidenten aus den ostdeutschen Ländern traten regelmäßig auf. Zu den Gästen gehörten unter anderem Günther Oettinger, Philipp Rösler, Peter Altmaier, Sigmar Gabriel, Michael Kretschmer, Dietmar Woidke, Reiner Haseloff und Bodo Ramelow.

Gerade die Mischung aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Energiewirtschaft machte das Forum besonders. Hier kamen Akteure zusammen, die sonst häufig nur übereinander sprechen: Landespolitik und Bundespolitik, Netzbetreiber und Industrie, Mittelstand und Wissenschaft, Energiewirtschaft und Kommunen.

Vom Netzausbau zum Wasserstoff

Die Themen des Forums veränderten sich mit der energiepolitischen Lage. In den ersten Jahren dominierten Netzausbau, Strompreise, Versorgungssicherheit und die Kosten der Energiewende. Später kamen Strukturwandel in den Kohleregionen, Speichertechnologien, Wasserstoff, Wärmewende, Mobilität und Digitalisierung hinzu. Damit spiegelt die Entwicklung des Forums auch die Entwicklung der deutschen Energiewende. Aus der Grundsatzfrage, ob der Umbau des Energiesystems gelingt, wurde zunehmend die Frage, wie er praktisch, bezahlbar und wirtschaftlich tragfähig umgesetzt werden kann.

Auch während der Corona-Pandemie blieb das Forum präsent. 2020 fand es erstmals als hybrides Format statt. Neben 180 Gästen vor Ort nahmen weitere 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer digital teil. Der Austausch wurde damit auch unter schwierigen Bedingungen fortgesetzt.

Inhaltlich rückten damals stärker die wirtschaftlichen Folgen der Transformation in den Mittelpunkt: die Zukunft der Kohleregionen, Wasserstoff als Energieträger, Speichertechnologien und die Frage, wie Ostdeutschland vom Strukturwandel profitieren kann.

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke verwies beim Forum 2020 auf das wachsende Interesse von Unternehmen an Standorten mit großen erneuerbaren Energiepotenzialen. Fortschrittliche Unternehmen dächten Nachhaltigkeit längst als Teil ihrer Wertschöpfungsketten und suchten deshalb gezielt nach solchen Standorten. Die Diskussionen über Wasserstoff, Speichertechnologien und neue industrielle Wertschöpfungsketten gehören bis heute zu den zentralen Themen des Forums.

Bühne für neue Ideen

Ein weiteres Merkmal des Forums ist die Öffnung für neue Akteure. Mit Formaten wie „Im Osten was Neues“ erhielten junge Unternehmen, Start-ups und Innovatoren die Möglichkeit, ihre Ideen vorzustellen. Damit wurde das Energieforum nicht nur zur politischen Bühne, sondern auch zum

Schaufenster für technologische Entwicklungen und neue Geschäftsmodelle. Gerade in den vergangenen Jahren zeigte sich, dass viele Impulse für die Energiewende nicht nur aus großen Konzernen kommen, sondern auch aus mittelständischen Unternehmen, Forschungsinstituten und jungen Technologieunternehmen.

Die Energiekrise der Jahre 2022 und 2023 stellte das Forum erneut vor neue Fragen. Steigende Energiepreise, Unsicherheit in der Versorgung und die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bestimmten die Diskussionen. Die Veranstalter warnten vor den Belastungen für den Mittelstand, betonten aber zugleich die Chancen einer beschleunigten Transformation. Auffällig ist dabei ein Wandel in der Debatte. In den Anfangsjahren wurde noch grundsätzlich über Sinn und Machbarkeit der Energiewende gestritten. Heute stehen eher Tempo, Technologieoffenheit, Versorgungssicherheit, Akzeptanz und wirtschaftliche Tragfähigkeit im Vordergrund. Das Forum wurde damit weniger zum Ort ideologischer Auseinandersetzung als zu einem Ort praktischer energiepolitischer Fragen.

Auch 2025 blieb diese Linie erkennbar. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer forderten keine Abkehr von der Energiewende, sondern eine bessere Umsetzung. Kleine und mittlere Unternehmen müssten stärker eingebunden werden, faire Wettbewerbsbedingungen seien entscheidend. Versorgungssicherheit, Innovation und Marktwirtschaft wurden dabei nicht als Gegensätze verstanden, sondern als Voraussetzungen für eine erfolgreiche Transformation.

Vom Regionalforum zum bundesweiten Impulsgeber

Was 2012 als ostdeutsche Plattform begann, gewann mit den Jahren bundespolitische Bedeutung. Viele Fragen, die zunächst als regionale Probleme erschienen, erwiesen sich später als gesamtdeutsche Aufgaben: Netzentgelte, Strukturwandel in den Kohleregionen, Wasserstoff, Speichertechnologien, Finanzierung der Energiewende und industrielle Wettbewerbsfähigkeit. Dabei profitierte das Forum von seiner besonderen Perspektive. In Ostdeutschland sind viele Konflikte der Energiewende besonders sichtbar: große Wind- und Solarflächen, neue Stromtrassen, Kohleregionen im Wandel, energieintensive Unternehmen und Regionen, die um Akzeptanz und Wertschöpfung ringen. Gerade deshalb wurde das Ostdeutsche Energieforum über die Jahre zu einem Ort, an dem regionale Erfahrungen mit bundespolitischen Fragen verbunden wurden.

In den letzten Jahren kam zunehmend eine europäische Dimension hinzu. Mit dem European Green Deal, der Debatte über Energiesouveränität nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und dem Aufbau einer europäischen Wasserstoffwirtschaft rückte die Frage stärker in den Mittelpunkt, welche Rolle Ostdeutschland künftig im europäischen Energiesystem spielen kann. Viele Entscheidungen über Versorgungssicherheit, Stromnetze, Wasserstoffinfrastruktur und industrielle Wettbewerbsfähigkeit werden längst nicht mehr allein national getroffen. Auch deshalb öffnete sich das Forum stärker für europäische Fragen. 2020 stand die Leitfrage ausdrücklich im Zusammenhang mit dem European Green Deal und den Chancen für den Wirtschaftsstandort Ostdeutschland.

Die nächsten Jahre

Vor dem Jubiläum 2026 lässt sich festhalten: Das Ostdeutsche Energieforum hat energiepolitische Debatten begleitet, Entwicklungen früh aufgegriffen und immer wieder eine ostdeutsche Perspektive in den bundesweiten Diskurs eingebracht. Es war Bühne für politische Kontroversen, Netzwerk für Unternehmen, Ort für Innovationen und Denkfabrik der Energiewende. Die Themen haben sich

verändert. Die Grundfrage ist geblieben: Wie gelingt der Umbau des Energiesystems so, dass Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz zusammen gedacht werden? Darüber wird auch in den kommenden Jahren gestritten werden. Das Ostdeutsche Energieforum dürfte dafür ein wichtiger Ort bleiben.